

Stadt Köthen (Anhalt)

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

2009133/1

Dezernat: OB	aktuelles Gremium Stadtrat	Sitzung am: 07.07.2009 TOP: 2.3
Amt: Amt 10	öffentlich ja	Vorlagen-Nr.: 2009133/1
	Az.: 100006	erstellt am: 11.06.2009

Betreff

Bestätigung der Stadtratswahl am 7.6.2009

Beratungsfolge

Nr.	Gremium	Ist-Termin	Ergebnis
1	07.07.2009: Stadtrat	07.07.2009	laut BV

Mitzeichnungspflicht

Person	Unterschrift	Datum
Kurt-Jürgen Zander		29.06.2009

Beschlussentwurf

Der Statdrat beschließt, dass die Wahl zum Stadtrat der Stadt Köthen (Anhalt) am 7. Juni 2009 gültig ist. Der erhobene Einspruch ist unbegründet und wird zurückgewiesen.

Gesetzliche Grundlagen:

§ 51 (1) KWG LSA

Darlegung des Sachverhalts / Begründung

Zuständigkeit für die Entscheidung zur Gültigkeit der Stadtratswahl am 7.6.2009

Nach § 51 (1) Satz 1 KWG LSA entscheidet die neu gewählte Vertretung über die Gültigkeit der Wahl am 7.6.2009. Der Stadtrat Köthen ist demnach für die Entscheidung bezüglich der Gültigkeit der Stadtratswahl zuständig, die neu gewählten Ortschaftsräte für die Ortschaftsratswahlen ihrer Ortschaften.

Fristen

Der Stadtrat hat diese Entscheidung nach der Wahleinspruchsfrist zu treffen. Der Stadtwahlausschuss hat in seiner Sitzung am 9.6.2009 das endgültige amtliche Ergebnis der Wahl zum Stadtrat und zu den Ortschaftsratswahlen auf der Grundlage der §§ 38 ff KWG LSA festgestellt. Dieses wurde im Amtsblattsonderdruck am 12.6.2009 öffentlich bekannt gemacht. Nach § 50 (2) KWG LSA begann nach der öffentlichen Bekanntmachung die Einspruchsfrist gegen die Wahlen. Die Frist beträgt 2 Wochen und endete am 27.6.2009. Einsprüche gegen die Wahl sind beim Wahlleiter schriftlich oder zur Niederschrift einzureichen; der Wahleinspruch des Wahlleiters beim Stadtrat.

Inhalt der Entscheidung

Nach § 52 KWG LSA hat der Stadtrat folgendes zu entscheiden:

- Einwendungen gegen die Wahl liegen nicht vor, die Wahl ist gültig oder
- Die Einwendungen gegen die Wahl sind nicht begründet und werden zurückgewiesen; die Wahl ist gültig oder
- Die Einwendungen gegen die Wahl sind begründet; die ihnen zu Grunde liegenden Tatbestände haben das Wahlergebnis nicht oder nur unwesentlich beeinflusst; die Wahl ist gültig oder
- Die Einwendungen gegen die Wahl sind sämtlich oder zum Teil begründet; die den begründenden Einwendungen zu Grunde liegenden Tatbestände sind so schwerwiegend, dass bei einwandfreier Durchführung der Wahl ein wesentlich anderes Wahlergebnis zu Stande gekommen oder festgestellt worden wäre.

Dabei wird

- a) das Wahlergebnis neu festgestellt oder berichtigt oder
- b) die Wahl ganz oder teilweise neu festgestellt.

Einsprüche gegen die Wahl

Gemäß § 50 (1) KWG LSA kann

- jeder Wahlberechtigte
- jede Partei oder Wählergruppe, die eine Wahlvorschlag eingereicht hat
- der Wahlleiter und
- die Kommunalaufsichtsbehörde für das Wahlgebiet

Einwände gegen die Gültigkeit der Wahl erheben (Wahleinspruch) mit der Begründung,

- dass die Wahl nicht den Wahlvorschriften entsprechend vorbereitet oder durchgeführt wurde oder
- in anderer unzulässiger Weise in ihrem Ergebnis beeinflusst worden ist.

Tatsächlich eingereichte Wahleinsprüche

Durch den Stadtverbandsvorsitzenden der CDU Köthen wurde am 9.6.2009 ein Wahleinspruch beim Wahlleiter, Herrn Zander, zur Niederschrift gegeben. (siehe Anlage)

Ergebnis der Prüfung

Der Wahleinspruch ist beim zuständigen Wahlleiter von einer Partei zur Niederschrift eingereicht worden, die einen Wahlvorschlag zur Stadtratswahl abgegeben hatte. Dies geht aus der Niederschrift hervor. Der Wahleinspruch erfolgte vor dem Beginn der Einspruchsfrist am 13.6.2009. Dies dürfte den Wahleinspruch nicht aus formellen Gründen scheitern lassen, da der Antrag jederzeit in der Einspruchsfrist wiederholbar gewesen wäre und die Verfahrensweise seitens des Wahlleiters auch nicht beanstandet wurde. Ein Wahleinspruch scheitert aus formellen Gründen nur, wenn der Einspruch nach Ende der Einreichungsfrist, also nach dem 27.6.2009, eingegangen wäre. Das ist vorliegend nicht der Fall. Die Begründung zielt darauf, dass das Ergebnis in unzulässiger Weise beeinflusst worden ist, was weiter unten zu prüfen ist.

Sachverhalt

Welche Einwendungen und Tatsachen wurden unterstellt oder liegen vor:

„Aufgefallen ist, dass Herr Langner 223 Briefwahlstimmen und 221 Stimmen aus den am Wahltag abgegebenen erhalten hat.

Es gibt Gerüchte in der Stadt, dass Herr Langner auf nicht rechtmäßigem Wege durch das Einsammeln von Wahlbenachrichtigungskarten in Sportvereinen zu diesem Ergebnis gekommen ist.“

Der Vorwurf ist sehr unkonkret. Es kann nur vermutet werden, dass zum Ausdruck gebracht werden soll, dass Herr Langner Wahlbenachrichtigungskarten von Wahlberechtigten bekommen hat und damit zum einen unrechtmäßig die Briefwahlunterlagen beantragt und/oder danach benutzt hat, letztendlich Urkundenfälschung und Wahlfälschung begangen haben soll, in dem die Vollmacht zur Übergabe der Wahlbenachrichtigung und die Wahlscheine gefälscht wurden und/oder die Briefwahlunterlagen nicht vom Wahlberechtigten, sondern vom Bevollmächtigten ausgefüllt wurden oder eine unzulässige Wahlbeeinflussung vorliegt.

Um solchen Vorwürfen näher zu kommen, soll dargestellt werden, wie die Verfahrensabläufe rechtlich vorgeschrieben und abgelaufen sind. Die Wahlbenachrichtigungskarten werden allen Wahlberechtigten postalisch an die privaten Adressen (Hauptwohnsitz) zugesandt. So gelangen diese in den Besitz der Wahlberechtigten. Soweit der Wahlberechtigte am Wahltag verhindert ist, kann er vorher durch Beantragung eines Wahlscheines (*das ist ein Auszug aus dem Verzeichnis der Wahlberechtigten zum Nachweis des Wahlrechts für den Briefwahlvorstand auf dem mit handschriftlicher Unterschrift eidesstattlich erklärt wird, dass der Wahlberechtigte den Stimmzettel persönlich gekennzeichnet hat*) seinem Wahlrecht nachkommen. Der Wahlscheinantrag befindet sich auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigung. Die Unterlagen können per Post in den Besitz des Wahlberechtigten kommen, persönlich abgeholt werden oder durch einen Bevollmächtigten überbracht werden. Der Wahlberechtigte unterschreibt handschriftlich auf dem Formular den Wahlscheinantrag und die Vollmacht.

Zur Prüfung der Gerüchte wurden alle Wahlscheinanträge herausgesucht, die mit einer Vollmacht für Herrn Langner versehen waren. Insgesamt sind es 37 gewesen. Alle waren handschriftlich unterschrieben. Alle Unterschriften waren unterschiedlich was Schrift und Stiftverwendung betrifft. Das spricht gegen eine Manipulation, würde aber alleine noch nicht ausreichen, die Gerüchte zu entkräften. Da aber die Wahlscheinanträge im Wahlbüro verbleiben und nur die Wahlscheine und die Briefwahlunterlagen dem Bevollmächtigten übergeben werden, war es nahe liegend, die Unterschriften der Wahlscheinanträge mit den Unterschriften der später nach der Ausfüllung der Briefwahlunterlagen dem Wahlleiter zugesandten oder dem Wahlbüro überbrachten Wahlscheinen, die im Briefwahlvorstand ausgewertet wurden, zu vergleichen. Von den 37 mit Vollmacht an Herrn Langner ausgereichten Briefwahlunterlagen gingen 21 handschriftlich unterzeichnete Wahlscheine beim Briefwahlvorstand tatsächlich ein.

Die Unterschriften der Wahlscheinanträge stimmten mit den Unterschriften der dazugehörigen eidesstattlichen Versicherungen überein. Eine Manipulation ist aus Sicht der Verwaltung unwahrscheinlich. Neben der Übereinstimmung der Unterschriften waren auch hier wieder Schriftart und Stiftverwendung vollkommen unterschiedlich. Auch hier gab es also keine Indizien für ein Fälschen von Wahlscheinanträgen und Wahlscheinen und damit bei der Stimmabgabe.

Des Weiteren spricht gegen eine Manipulation natürlich auch, dass nicht alle an Herrn Langner ausgehändigte Briefwahlunterlagen beim Wahlvorstand wieder ankamen. Warum sollte jemand, der rechtswidrig sich Stimmen verschaffen will, von den 37 sich gebotenen Möglichkeiten 16 auslassen? Das spricht eher dafür, dass Herr Langner beim Vollzug dieser „Dienstleistung“ die Unterlagen den Wahlberechtigten aushändigte und diese die Unterlagen trotzdem nicht nutzten. Dass nicht alle ausgereichten Briefwahlunterlagen zur Auswertung den Weg zurück finden, ist bei jeder Wahl so. Bei der Kommunalwahl am 7.6.2009 wurden 1.068 Briefwahlunterlagen ausgegeben oder versandt, von denen zur Auswertung beim Briefwahlvorstand 1019 eingingen, wovon noch 19 ungültig waren. Die Differenz sind zu spät eingesandte Wahlbriefe, nicht Abgesandte usw.

Bleibt der indirekte Vorwurf einer unzulässigen Wahlwerbung, sprich Beeinflussung des Wählers. Das Kommunalwahlgesetz kennt die unzulässige Wählerbeeinflussung in § 35 (2) KWG LSA. Danach sind während der Wahlzeit, im vorliegenden Fall also am 7.6.2009, in und an dem Gebäude, in dem sich das Wahllokal befindet, sowie im unmittelbaren Eingangsbereich jede Beeinflussung der Wähler durch Wort, Ton, Schrift oder Bild, sowie jede Unterschriftensammlung verboten. Ein Verstoß dagegen wurde gerüchteweise nicht erhoben und liegt auch tatsächlich nicht vor. Des Weiteren wird aus dem Wahlgrundsatz der freien Wahl aus § 37 (1) GO LSA abgeleitet, dass die Stimmabgabe bei der Wahl ohne äußeren Zwang, psychischen Druck oder sonstiger unzulässiger Beeinflussung zu erfolgen hat. Daraus leitet sich auch ab, dass es keine Rechtspflicht zur Teilnahme an einer Wahl gibt. Ein entsprechender Vorwurf ist nicht erhoben worden. Im Umkehrschluss heißt das, es liegt auch keine unzulässige Beeinflussung des Wählers vor.

Fazit

Aus Sicht der Verwaltung spricht auf der Grundlage der der Verwaltung zur Verfügung stehenden Unterlagen und der obigen Argumentation nichts für eine Fälschung von Wahlscheinanträgen oder Wahlscheinen. Es spricht auch rechtlich nichts dagegen, dass Herr Langner für sich in persönlichen Gesprächen in Sportvereinen oder sonst wo Wahlwerbung betrieben hat. Ein „Einsammeln“ von Wahlbenachrichtigungskarten bei Sportvereinen ist auf Grund des oben beschriebenen Verfahrens unmöglich.

Herr Langner, das kann unterstellt werden, hat mit seinem Angebot an Wahlberechtigte, ihnen die Wahl per Briefwahl näher zu bringen, zu erleichtern, Werbung für die Wahl und bestimmt auch für sich betrieben, was aus Sicht der Verwaltung nicht zu beanstanden ist. Denn wer ein Mandat im Stadtrat erlangen will, muss werben. Das haben alle an der Wahl Beteiligten getan. Die Art und Weise ist nicht zu beanstanden.

Ob die von Herrn Langner angebotene „Dienstleistung“, Wählern die Briefwahlunterlagen zu überbringen, tatsächlich zu seinem Gunsten Stimmen gebracht hat, ist offen. Zum einen sind nicht alle von Herrn Langner überbrachte Wahlscheine beim Briefwahlvorstand eingegangen, es wurde also für keinen Wahlvorschlag Stimmen abgegeben. Bei diesen hat sich das Engagement tatsächlich nicht in Stimmen niedergeschlagen. Zum anderen lässt sich auch nicht feststellen, wie die 21 tatsächlich eingegangenen Wahlbriefe abgestimmt haben. Auf Grund des rechtlich vorgeschriebenen Verfahrens bei der Feststellung des Briefwahlergebnisses ist das Wahlgeheimnis jederzeit gesichert. Ob also Herr Langner tatsächlich durch sein Engagement als bevollmächtigter Überbringer von Wahlunterlagen profitierte, ist nicht nachweisbar.

Die gerüchteweise übermittelten Vorwürfe sind nicht haltbar.

Wahlergebnis

Wahlberechtigte	24.431
Wähler/innen	8.748
gültige Stimmzettel	8.514
ungültige Stimmzettel	234
gültige Stimmen	25.259
Wahlbeteiligung	35,80%

Wahlvorschlag	Stimmen	Sitze
CDU	9.878	14
DIE LINKE	6.433	9
SPD	5.869	9
FDP	1.617	2
Bündnis 90/ Die Grünen	804	1
NPD	658	1

Anlagen:

Niederschrift über den Wahleinspruch CDU Stadtverband



Wahleinspruch.pdf